



BURMA REPORT

März 2008

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 57

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

AFP, 3. März 2008 - "EBO" Euro-Burma Office <burma@euro-burma.be> -04.03.08

UN-Gesandter besucht Myanmar am Donnerstag

Washington: UN-Krisenmanager Ibrahim Gambari wird am Donnerstag nach Myanmar zurückkehren, sagte die UN-Sprecherin am Montag.

Michele Montas berichtete, dass Gambari, Sonderberater des UN-Chefs Ban Ki-moon, am Dienstag abreisen würde, um der Einladung der Regierung zu folgen.

Sie informierte in einer Pressekonferenz, dass Gambari am Donnerstag in dem südostasiatischen Staat eintreffen werde, "und hofft, so lange wie nötig bleiben zu können und sich mit einem großen Kreis von Vertretern der Gesellschaft Myanmars beraten zu können, unter ihnen alle Gruppen, mit denen er sich während seines letzten Aufenthaltes im vergangenen Jahr nicht treffen konnte."

Montas berichtete, dass Einzelheiten seines Programms noch in der Ausarbeitung sind und bemerkte, dass Gambari "hofft, auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Regierung Myanmars rechnen zu können."

Es wird seit der tödlichen Niederwerfung der prodemokratischen Demonstrationen im September der dritte Besuch Gambaris in Myanmar sein.

Gambari erachtet Schritt zur Verfassung in Burma als bedeutend

Tini Tran, Beijing - The Irrawaddy Online News Alert - The Irrawaddy <news@irrawaddy.org> - http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=10461

Der UN-Sonderbeauftragte für Burma, Ibrahim Gambari, erachtete am Diens-

tag den Vorschlag der burmesischen Militärregierung, im Mai eine Volksabstimmung zum Referendum des unter der Militärführung erarbeiteten Verfassungsentwurfes abzuhalten, sowie allgemeine Wahlen in 2010, als bedeutenden Schritt nach vorn.

Der UN-Sonderbeauftragte für Myanmar, Ibrahim Gambari, links, wird vom chinesischen Außenminister Yang Jiechi, während ihres Treffens in Peking begrüßt.

Gambari, der sich zu Gesprächen mit chinesischen Beamten in Peking aufhielt, sagte ebenfalls, dass China durch Signale an die burmesische Führung dazu beitragen könnte, sie zur Kooperation zu bewegen.

"Dies ist ein bedeutender Schritt, da wir zum ersten Mal einen Zeitplan für die Durchführung der politischen Roadmap zur Verfügung haben," sagte er.

Zu Beginn des Monats hatte die burmesische Regierung angekündigt, dass sie im Mai ein Referendum zu einer Konstitution, die unter Militäraufsicht erarbeitet wurde, abhalten wird, sowie allgemeine Mehrparteien-Wahlen in 2010. Dies sind feste Daten für erste Schritte einer zuvor angekündigten "Roadmap zur Demokratie".

Die Pläne sind weitgehend kritisiert worden, da sie keinerlei Beitrag der National League for Democracy, Partei der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi enthalten, die sich am Montag darüber beklagte, dass die jüngsten Schritte der Junta zur Reform nicht genügend seien.

Die NLD gewann die allgemeinen Wahlen in 1990, die Machtübernahme wurde ihr jedoch verweigert.

Gambari sagte, dass er bisher keinen Entwurf der Verfassung zu sehen bekommen hätte und dass es zu früh sei zu sagen, dass die Vereinten Nationen an der Abwicklung des Referendums beteiligt sein werden.

Er sagte jedoch, dass Burma "eine Atmosphäre herstellen muss, die die

Glaubwürdigkeit der Wahlen begünstigt" und fügte hinzu dass hierzu auch die Freilassung aller politischer Häftlinge gehöre und die Lockerung der Einschränkungen für Suu Kyi, die immer noch unter Hausarrest steht.

Gambari meinte, dass er vom langsamen Fortschritt der Diskussionen nicht entmutigt sei, aber dass die UN letzten Endes "fassbare Ergebnisse" wünscht.

Gambari, der sich zuvor mit Außenminister Yan Jiechi und anderen Spitzenleuten getroffen hatte, berichtete, dass er konstruktive und offene Gespräche über die Situation mit China gehalten hat.

Er lobte die Vermittlerrolle Pekings, wodurch ihm der Zutritt zu Burma und seiner Regierung ermöglicht wurde. Gambari meint, dass China dazu beitragen könne, indem es Signale an die burmesische Führung für eine notwendige Kooperation aussendet,

"China kann zusammen mit anderen Nationen die Aufgabe der UN dahingehend unterstützen, indem es die richtige Botschaft an die Verantwortlichen in Myanmar (Burma) sendet mit der Aufforderung zu weiterer Kooperation," sagte er. "Dies betrifft nicht nur die Chinesen, sondern ist für die internationale Gemeinschaft von Belang", sagte er.

Der Gesandte sagte, dass er erwartet, "sicherlich gut vor April" nach Burma zurückzukehren, um die Gespräche mit der regierenden Junta wieder aufzunehmen.

Am Dienstag wiederholte der Sprecher des Außenministeriums, Liu Jianchao, das Versprechen Chinas, eine konstruktive Vermittlerrolle zu spielen, er meinte aber, dass nicht internationale Sanktionen sondern Dialog der Schlüssel zu Lösungen wäre. "Druck und Sanktionen werden zu diesem Zeitpunkt keine Lösungen herbeiführen," sagte er.

China ist ein wichtiger Ort auf seinem Marsch durch die Region, da Peking ein bedeutender Handelspartner☺

..... und Waffenlieferant für die Generäle ist, die das Land regieren. Er wird auch Indonesien, Singapur und Japan aufsuchen und die Länder dazu auffordern, die Bemühungen der UN in Burma zu unterstützen.

China lehnt die westliche Kritik dem burmesischen Militärregime gegenüber ab mit dem Hinweis, dass sich die Verhältnisse in dem Land dramatisch seit der gewaltsamen Niederwerfung der Proteste im September verbessert hätten.

China wurde jedoch dafür gelobt, die burmesischen Generäle dazu bewegt zu haben, Gambari ein Visum zum Besuch zu gewähren.

Bangkok Post – 20.02.2008 -

http://www.bangkokpost.com/breaking_news/breakingnews.php?id=126051

UNO will Burma wegen Suu Kyi drängen

anil verma <anilverma7@yahoo.com> - nld group member
<nldmemberssupportersofcrppnnldndassk@yahoo.com>

.New York: Die Vereinten Nationen teilten am Mittwoch mit, dass die Verfassungsreformen das Thema einer neuen Runde von Gesprächen zwischen dem Beauftragten Ibrahim Gambari und der Militärführung sein werden, nachdem die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi von der Teilnahme an den anstehenden Wahlen ausgeschlossen wurde.

Gambari, der Südostasien bereist, hatte geplant, Rangoon zum dritten Mal seit vergangenem September zu besuchen, es ist jedoch noch nicht bekannt, wann genau die Reise stattfinden wird.

Der Besuch wird dringender, nachdem der Verfassungsentwurf, den die Militärjunta herausgegeben hat, besagt, dass Suu Kyi nicht an den Wahlen in 2010 teilnehmen kann, weil sie mit einem Engländer verheiratet war, der 1999 starb.

"Wir denken, dass die Glaubwürdigkeit des politischen Prozesses in Burma davon abhängen wird, ob er umfassend genug ist, alle daran teilnehmen zu lassen," sagte die Sprecherin der UNO, Marie Okabe.

Der Verfassungsprozess wird "ganz oben auf der Agenda des Sonderbeauftragten Gambari stehen, wenn es

ihm möglich sein wird, Myanmar zu besuchen und direkte Gespräche mit den Behörden sowie den entsprechenden Verantwortlichen des Prozesses zu führen. Hierzu gehört auch Suu Kyi. Wir hoffen, dass dies bald der Fall sein wird," sagte Okabe.

Myanmar ist der Name, den die Junta für Burma verwendet.

Suu Kyi führt die National League for Democracy, die die Präsidentschaftswahlen in 1990 mit überwältigender Mehrheit gewann. Die Militärjunta verwarf die Wahlen und stellte Suu Kyi unter Hausarrest.

Die UN hat Burma aufgefordert, demokratische Reformen zu beginnen und alle politischen Häftlinge freizulassen.

Gambari, der am Dienstag Peking besuchte, forderte die chinesische Regierung dazu auf, die "richtigen Signale" zu senden, um die Kooperation von der regierenden Junta zu verlangen.

Anschließend reiste er nach Singapur und plant einen Besuch in Djakarta und Japan, um sich ein Bild von der Unterstützung für einen demokratischen Wandel in Burma machen zu können.

USA Today – 13.02.2008 -

http://www.usatoday.com/news/world/2008-02-11-un-burma_N.htm

UNO-Chef drängt auf Gespräche in Burma

Burma News Summary - 2008-02-12 -
anil verma <anilverma7@yahoo.com> - nld group member
<nldmemberssupportersofcrppnnldndassk@yahoo.com>

Vereinte Nationen (AP): Generalsekretär Ban Ki-moon forderte Burmas Militärregime am Montag dazu auf, ernsthafte Gespräche mit der inhaftierten demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi bezüglich des Verfassungsreferendums zu beginnen.

Er verlangte ebenfalls von der Regierung, dem Chefgesandten der UN, Ibrahim Gambari, ein Visum auszustellen, damit dieser in allernächster Zukunft Burma besuchen kann. Gambari wird am 18./19. Februar in Peking sein und von dort Jakarta an einem noch zu bestätigenden Datum aufsuchen, von wo er am 25. Februar nach Singapur reist, sagte die UN-Sprecherin Michele Montas.

Ban sagte, es sei entscheidend, dass die Junta bald mit Suu Kyi zusammenkommt, um sicherzustellen ist, dass die

Verfassung, zu der sie ein Referendum abhalten will, alle Menschen im Lande repräsentiert.

In der vergangenen Woche kündigte die Regierung das Referendum für Mai sowie allgemeine Wahlen für 2010 an. Es war das erste Mal, dass sie Termine für spezielle Schritte ihrer Roadmap zur Demokratie bekannt gab. Diese war weitestgehend kritisiert worden, da sie weder einen Beitrag von Suu Kyis National League for Democracy, die die letzten Wahlen in 1990 gewonnen hatte, noch von ethnischen Minderheitsgruppen enthielt.

Die Festlegung des Referendums auf Mai, erschwerte es den Kritikern der Junta, eine Kampagne dagegen zu starten, besonders, da sich die meisten der prodemokratischen Aktivisten des Landes in Haft befinden, viele von ihnen im Zusammenhang mit den Demonstrationen von August und September, die sich gegen die Regierung richteten.

Zwei der wichtigsten Dissidentengruppen Burmas erklärten das Verfassungsreferendum als den Versuch, die Regierung der Junta zu verewigen.

Die Gruppe der Studenten der 88er Generation, von der sich die meisten Führer seit den Protesten des vergangenen Jahres in Haft befinden, baten den UN-Sicherheitsrat, bei der Junta auf Reformen zu drängen und Ban, Burma baldmöglichst zu besuchen.

Montas antwortete auf die Frage, ob der Generalsekretär einen Besuch in Burma plane, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen ist, ihm aber die Erklärung der Generation 88 bewusst sei."

Ban machte klar, dass die Vereinten Nationen dem Prozess des Verfassungsentwurfes höchst kritisch gegenüberstehen.

"Der Generalsekretär wiederholt seine Aufforderung an die burmesischen Behörden, in den Prozess des Verfassungsentwurfes alle mit einzubeziehen, sie daran teilnehmen zu lassen und ihn transparent zu machen, um damit zu gewährleisten, dass jeglicher Verfassungsentwurf ein breites Spektrum der Meinung aller Menschen in Burma widerspiegelt," sagte Montas.

"Deshalb glaubt er, dass es umso wichtiger für die burmesische Führung ist, ohne weiteren Aufschub einen wirklichen und zeitgebundenen Dialog mit Daw Aung San Suu Kyi und"

... anderen für den Prozess der nationalen Aussöhnung betroffenen Parteien zu beginnen," sagte Montas.

Suu Kyi, eine Friedensnobelpreisträgerin, war mehr als 12 der vergangenen 18 Jahre im Gefängnis oder stand unter Hausarrest.

Als Folge der gewaltsamen Niederwerfung prodemokratischer Proteste im vergangenen Jahr, drängt die UN die Militärführung des Landes, Gespräche mit Suu Kyi über demokratische Reformen zu beginnen. Die Junta ernannte Aung Kyi, einen Beamten auf ministerialer Ebene dazu, sich mit ihr zu treffen, aber nach Aussage von Parteimitgliedern ist Suu Kyi mit dem Fortgang ihrer Treffen nicht zufrieden.

Myanmar, auch als Burma bekannt, befindet sich seit 1962 unter einer Militärregierung und ist seit 1988, als die Armee bereits frühere prodemokratische Demonstrationen brutal niederwarf und die Junta die Macht ergriff und dabei die letzte Verfassung ausser Kraft setzte, ohne eine solche.

Das Land befindet sich politisch an einem toten Punkt seit das Militär das Ergebnis der Wahlen von 1990 nicht anerkannte und darauf besteht, dass das Land vor Wahlen eine neue Verfassung benötigt.

Die Richtlinien für eine neue Verfassung wurden durch einen Nationalkonvent im vergangenen Jahr festgelegt, und ein von der Regierung beauftragter Ausschuss entwirft nun das Dokument.

Kritiker sehen im Prozess des Verfassungskonvents eine inszenierte Farce, da das Militär fast nur handverlesene Delegierte zuließ. Die National League for Democracy beschuldigt die Junta, zu versuchen, die Verfassung im Alleingang zu entwerfen und dass daher "nicht erwartet werden kann, dass sie Demokratie, Menschenrechte und das Allgemeinwohl garantiert."

[Shan-EUgroup] -"Shan-EU" <shaneu31@yahoo.com>
- Nr.12 – 2/2008 - 11. Februar 2008 -

Ernstere Zeiten für die Junta - sai Wansai

Die Ankündigung der burmesischen Junta, dass jetzt die Zeit gekommen sei, von der Militärregierung zu einer demokratischen Zivilenregierung überzugehen und dass in 2010 Wahlen abgehalten werden sollen, ist eine Überraschung, obwohl dies weder einen

Schritt vorwärts bedeutet noch blockierende Taktik der Junta, um unbegrenzt an der Macht bleiben zu können.

Die meisten der Regimekritiker sind nicht überzeugt. Angenommen, die Wahlen würden wie geplant in 2010 stattfinden, so steht doch das Referendum zur Anerkennung der Verfassung, das im Mai diesen Jahres abgehalten werden soll, noch aus und ein sicheres Ergebnis ist noch in weiter Ferne.

Vielleicht erscheint es der Junta bereits als ein "fait accompli", wäre da nicht das manipulierte Verfassungsreferendum von 1974 als Beispiel, das vom Militärregime inszeniert und erzwungen und widerspruchslos angenommen worden war. Das bedeutet in anderen Worten, die Junta wird es auf Biegen und Brechen durchbekommen.

Und wenn sie das Referendum manipulieren kann, könnte die Junta das Gleiche mit den landesweiten Wahlen von 2010 tun.

Abgesehen von solchen Spekulationen sollte der Junta der Vorteil des Zweifelsfalles zugestanden werden. Um ihren guten Willen, Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit allen Teilhabern gegenüber zu beweisen, könnte sie bestimmt einige vertrauensbildende Maßnahmen durchführen, was in ihren Grenzen und Möglichkeiten läge.

Zuallererst könnte die Junta ein günstiges politisches Klima verbessern oder herstellen. Hierzu würde gehören die bedingungslose Freilassung von Daw Aung San Suu Kyi, Khun Htoon Oo, General Hsur Hten und aller politischer Häftlinge, wie auch der landesweite Waffenstillstand mit allen ethnischen Widerstandsarmeen, die Erleichterung der Meinungsfreiheit und die Freiheit, politische Organisationen zu bilden und ihre Möglichkeit, zu operieren.

In einem besseren politischen Klima könnte der Verfassungsentwurf der Junta in offener und transparenter Weise diskutiert werden, was nach Durchführung einiger Änderungen oder Ergänzungen zu einer akzeptierbaren Konstitution durch alle Beteiligten in der burmesischen Arena führen könnte. Danach wäre der angenommene Vertragsentwurf für ein Referendum frei, das am besten unter der Aufsicht der Vereinten Nationen durchgeführt werden sollte.

Wenn dies erst einmal auf den Weg gebracht ist, wird der Rest an Momentum gewinnen und seinen Platz finden. Jetzt ist dringend der ernsthafte politi-

sche Wille der Junta gefragt.

Die Junta muss verstehen, dass das Zauberwort für eine wirkliche Aussöhnung und Demokratisierung kein anderes ist als "unter Beteiligung aller, politisches Entgegenkommen und ein geebnetes Spielfeld". Alles andere wäre die Fortsetzung der tyrannischen Regierung und totale Kontrolle der Bevölkerung, was dann wiederum und immer aufs Neue zur Resistenz führt, wie die jüngste Safran-Revolution des Septembers zeigt, aber wie auch die Massenaufstände von 1962, 1974 und 1988 beweisen.

Es ist höchste Zeit für die Junta, wirklich in Wort und Tat auf einen zivilisierten und glatten Wandel zuzugehen.

Der Autor ist Generalsekretär der Demokratischen Union der Shan (Shan Democratic Union - SDU). Der Herausgeber.

AFP, 9. Februar 2008

Myanmar kündigt Verfassungsreferendum für Mai an

Burma News - 11 February 2008 -
"EBO" <burma@euro-burma.be> - 12.02.2008 -

Rangoon: Am Samstag gab Myanmar's Militärregierung durch die Staatsmedien bekannt, dass sie im Mai ein Referendum zur neuen Verfassung abhalten wird und so den Weg für Mehrparteienvahlen in 2010 freigibt.

"Das Referendum zur neuen Konstitution wird im Mai 2008 stattfinden," kündigten die Staatsmedien an.

"Demokratische Mehrpartei-Wahlen, basierend auf der neuen Verfassung, sind für 2010 vorgesehen," fügten sie hinzu.

"Es ist angemessen, von einer Militärverwaltung in ein demokratisches ziviles Verwaltungssystem überzuwechseln, da eine gute Grundlage hierfür hergestellt wurde," sagten sie.

"Die Grundlage für die Infrastruktur des Landes wurde geschaffen, obwohl noch viel für das Wohl der Nation zu tun übrig bleibt," teilte die Regierung über das staatliche Fernsehen mit.

Die Festsetzung eines Zeitpunktes für das Referendum und die Wahlen wird kaum die Kritiker der Junta besänftigen, die behaupten, dass ...

... die vorgeschlagene Verfassung wahrscheinlich unfair und undemokratisch sein wird.

Die Richtlinien für eine neue Konstitution wurden vom Nationalkonvent im vergangenen Jahr angenommen, ein Regierungsausschuss entwirft zur Zeit das Dokument.

The Irrawaddy, Montag, 3. März 2008 -Newsletter- news@irrawaddy.org - **Burma News** - "EBO" <burma@euro-burma.be>

Drei Personen wegen Kommentars zum Referendum festgenommen - Wai Moe -

BurmaNet News, March 1 - 3, 2008 - March 1-3, 2008 Issue # 3414 - "Editor" <editor@burmanet.org>

Am Freitag wurden in Rangoon 3 Personen festgenommen, weil sie beiläufig eine Bemerkung zum Referendum und die allgemeinen Wahlen in Burma gemacht hatten.

Ein Geschäftsmann, der anonym bleiben möchte, berichtete dem Irrawaddy am Montag, dass drei Autohändler am Montag von Beamten der Sonderpolizei auf dem Automarkt in Rangoon festgenommen worden seien, nachdem sie beiläufig ihre Unterstützung der wichtigsten Oppositionspartei, der National League for Democracy erkennen liessen.

Die Quelle berichtet, dass am Freitag "Mitglieder der USDA (Union Solidarity and Development Association, die Pro-Junta-Massenorganisation), auf den Automarkt kamen und dort über die neue Verfassung und das Referendum sprachen.

"Daraufhin sagten die Autohändler scherzend zu den USDA-Mitgliedern, dass sie ihre Zeit nicht verlieren sollten, da in den entscheidenden Tagen die Leute dem Rat der NLLD (unter Führung von Aung San Suu Kyi) folgen würden. Etwas später kam dann die Sonderpolizei und nahm drei von ihnen fest."

Die burmesische Militärregierung hat als vierten und fünften Schritt auf der "Roadmap zur Demokratie". für Mai ein Referendum zum Verfassungsentwurf vorgesehen sowie allgemeine Wahlen für 2010,

Aung Thein, ein Rechtsanwalt in Rangoon, ist der Ansicht, dass dies die ersten solcher Fälle sind, die seit dem Dekret der Junta vom 26. Februar wegen negativer Bemerkungen zum Referendum unter Strafe gestellt werden und das eine Gefängnisstrafe von bis zu 3 Jahren vorsieht.

"Wir wissen jedoch nicht, ob die Inhaftierten unter Anwendung dieses Erlasses beschuldigt werden," meinte er. Er fuhr fort mit dem Hinweis, dass es den Behörden frei stünde, Menschen, die sich negativ gegen den Verfassungsentwurf aussprechen unter Notstandsgesetz wegen negativer Kommentare 3 und 4, des Erlasses 5/96, veröffentlicht in 1996, zu verurteilen. Jeder, der unter diesem Erlass als schuldig befunden wird, hat mit einer Strafe bis zu 20 Jahren zu rechnen.

Ausserdem wurden in der vergangenen Woche fünf Personen, die meisten von ihnen Familienmitglieder der Studentengruppe der 88er Generation festgenommen.

Es handelt sich dabei um Thanda Win, die Frau von Mya Aye, dem Führer der Studentengruppe der 88er Generation, Hla Moe, dem Ehemann von Mie Mie, Mitglied der Gruppe; Kanet, Bruder von Marky, ebenfalls Mitglied der Gruppe sowie Naing Htwe und May Mie Lwin.

Zur Zeit sind die Gründe, die zur Festnahme geführt haben, in der Aktivistengemeinschaft in Rangoon unbekannt.

The Financial Times -22.02.2008

<http://www.ft.com/cms/s/0/8658fe42-e0e9-11dc-b0d7-0000779fd2ac.html> - **BurmaNewsGroup**:Shan-EU <shaneu31@yahoo.com> - 22.02.2008

Burmas Verfassung angegriffen

John Aglionby, Djakarta und Amy Kazmin, Bangkok

Gestern hat Indonesien als erstes grosses Entwicklungsland den burmesischen Verfassungsentwurf kritisiert, der die Militärregierung verankert und die führenden Aktivisten der Opposition, unter ihnen die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi und Verfechterin der Demokratie von der Politik ausschliesst.

Der indonesische Aussenminister Hassan Wiruda sagt, dass die Verfassung überarbeitet werden sollte, bevor sie im Mai vor ein Referendum kommt, damit so die Interessen der Opposition und Minderheitsgruppen gewahrt wer-

den.

Sein Kommentar kam Tage nachdem die burmesische Militärregierung öffentlich mitgeteilt hatte, dass Mrs. Suu Kyi, jetzt Witwe, von den für 2010 geplanten Wahlen in Burma ausgeschlossen ist, da sie mit einem Ausländer verheiratet gewesen war.

"Wir hoffen, dass in der Zeit zwischen heute und Mai ein Konsultationsprozess zwischen diesen Gruppen in Gang kommt, so dass der Verfassungsentwurf, der verabschiedet werden soll, die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt," sagte Mr. Hassan zur Financial Times.

Die burmesische Junta besteht darauf, dass ihre Charta den Grund für eine "disziplinierte Demokratie" legen wird, die der multi-ethnischen Bevölkerung Burmas entspricht.

Aber Oppositionsgruppen sehen darin den Versuch, die Militärregierung zu legalisieren, während sich Ms. Suu Kyis National League for Democracy darüber beschwert, dass die "einseitigen" Pläne der Armee für ein Referendum "keinen bedeutenden politischen Dialog oder den nationalen Aussöhnungsprozess fördern".

Die vorgeschlagene Verfassung sieht vor, dass 25% der Parlamentssitze an das Militär gehen und der Armeechef die wichtigsten Minister bestimmt, den Notstand ausrufen und weitverbreitet Macht ausüben kann. Der Schutz der Grundrechte und zivile Freiheit unterliegen hohen Bedingungen und können leicht vom Militär begrenzt werden.

Die verfassungsmässigen Vorgaben für eine Wählbarkeit machen klar, dass politische Dissidenten leicht von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden können.

"Sie ist bereits manipuliert", sagt ein im politischen Exil lebender burmesischer Analyst. Jeder, der sich aktiv für Demokratie eingesetzt oder irgendwie gegen das Militär ausgesprochen hat, oder dies eventuell tun könnte, wird disqualifiziert".

Die Charta schliesst jeden vom Amt aus, der mit einem Ausländer verheiratet ist oder dessen Ehepartner oder Kinder eine fremde Staatsbürgerschaft besitzen, wie auch buddhistische Mönche oder andere religiöse Persönlichkeiten. Auch politische Häftlinge und Staatsbeamte mit der Ausnahme von Soldaten sind ausgeschlossen. ...

... ↗ Kandidaten für das Parlament müssen 10 aufeinanderfolgende Jahre in Burma gelebt haben.

The Irrawaddy, Donnerstag, den 14. Februar 2008 - http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=10392

Rebellenführer der Karen ermordet

- Saw Yan Naing

KNU-Quellen geben bekannt, dass der Generalsekretär der Karen National Union (KNU) am Donnerstag in seiner Wohnung in Mae Sot, Thailand, erschossen wurde.

David Takapaw, der gemeinsame Sekretär der KNU, berichtete dem Irrawaddy am Donnerstag, dass Mahn Sha gegen 16.30 in seiner Wohnung in der Nähe des Zentrums von Mae Sot von zwei unbekanntem Bewaffneten erschossen wurde.

Die einzige Augenzeugin, ein Karen-Mädchen, sah, wie zwei Männer in einem schwarzen Wagen vor dem Haus anhielten. "Die beiden Männer stiegen die Treppe seines Hauses hinauf und sagten "Guten Abend" in Karen to Mahn Shaw."

"Dann schossen sie ihn zweimal in die linke Brust. Er starb auf der Stelle," fügte das Mädchen hinzu.

Mahn Sha war Generalsekretär der KNU; die sich seit dem Tod ihres charismatischen Führers, General Saw Bo Mya im Dezember 2006, in ernsthaften internen Konflikten befand.

Nach Beendigung seines Studiums der Geschichte an der Universität in Rangoon in 1962 schloss er sich der Karen-Bewegung im Dschungel an der thailändisch-burmesischen Grenze an. Man sah in ihm eine der führenden Persönlichkeiten der KNU und er wurde darauf vorbereitet, die Führung der KNU zu übernehmen. Er war 64 Jahre alt.

Die KNU wurde in letzter Zeit von Konflikten geplagt. Im vergangenen Jahr unterschrieb Generalmajor Htain Maung, der ehemalige Chef der 7. KNU-Brigade ein Waffenstillstandsabkommen mit dem burmesischen Militärregime. Dies wurde als ein erneuter Schlag gegen die KNU-Führung betrachtet, die 1995 ihr befestigtes Hauptquartier in Manerplaw an die burmesische Armee verlor.

In letzter Zeit fanden verschiedene Angriffe und Ermordungen statt zwischen

den ursprünglichen KNU-Mitgliedern und der abtrünnigen 7. Brigade, die jetzt als KNU/KNLA-Friedensrat bekannt ist.

Im vergangenen Monat wurde Oberst Ler Moo, der Schwiegersohn des abtrünnigen Chefs Htain Maung in einem Bombenangriff in der Nähe des Hauptquartiers der Gruppe, im Schlaf im Kommunikationsbüro in der Nähe des Hauptquartiers der Gruppe getötet. Er war bereits im April 2007 einem Mordversuch beim Überqueren des Moei Flusses entgangen.

Mahn Sha hatte sich in der Vergangenheit an Waffenstillstandsverhandlungen mit dem burmesischen Militärregime beteiligt. Er stand bei den Ethnien wie auch den burmesischen Verbündeten gleichermaßen in hohem Ansehen. Das burmesische Regime sah in ihm einen starken Führer der KNU, der wiederholt einen ernsthaften politischen Dialog verlangte.

Er hinterlässt zwei Töchter und einen Sohn.

Reuters, 15. Februar 2008

Ermordeter Aufständischer aus Myanmar sah wachsende Spannungen voraus

- Ed Cropley

THE BURMANET NEWS - February 15, 2008
Ausgabe Nr. 3403 - Editor" - editor@burmanet.org - www.burmanet.org

Erst drei Tage vor seiner Ermordung an der Grenze zu Thailand sagte ein hochrangiger Führer der Aufständischen eine wachsende Spannung zur regierenden Militärjunta vor dem Verfassungsreferendum im Mai voraus.

In einem Interview mit Reuters sagte der Generalsekretär der Karen National Union (KNU), General Mahn Sha Lar Phan am Montag, dass der Plan der Junta, eine von der Armee entworfene Charta durchzubringen, nicht nur bei den vielen Gruppen von Aufständischen in Burma auf Opposition stoßen würde.

"Sie werden mit diesem Referendum auf viele Schwierigkeiten stoßen, da die Menschen wissen, dass sie hierdurch zu Sklaven gemacht werden," sagte der freundliche 64jährige von demselben Holzstuhl aus, auf dem er drei Tage später erschossen werden sollte.

Gruppen von Dissidenten machen bereits für eine "Nein-Stimme" mobil mit der Begründung, dass die unfertige Charta den Versuch der Junta darstellt, ihren Griff über die Macht nach 46 Jahren Militärregierung zu legalisieren..

Obwohl die Ermordung Mahn Shas das Ergebnis einer vernichtenden internen Vendetta sein mag, klagte die hauptsächlich christliche KNU Rangoons Militärregime an, den Anschlag durch eine buddhistische Splittergruppe der Karen orchestriert zu haben.

"Dies ist das Werk der DKBA und burmesischer Soldaten," sagte sein Sohn Hse Hse unter Verweis auf die Demokratische Buddhistische Karen Armee.

Nach Aussage von Mahn Shas Nachbarn sprachen die zwei Bewaffneten Karen untereinander, aber der in Thailand ansässige Analyst aus Myanmar, Aung Nain Oo, meint, es sei unmöglich zu wissen, wer sich hinter dem Anschlag verbirgt.

Die einzige Gewissheit besteht darin, dass Myanmars Junta entschlossen ist, von der Beseitigung eines Mannes, der im Zentrum des Karen-Anliegens stand, zu profitieren.

"Sollte dies auf einen internen Streit der Karen zurückzuführen sein, wird es ein Blutbad verursachen.", meint Aung Naing Oo.

Die Karen, eine ethnische Minderheit mit einer Bevölkerung von 7 Mio. Menschen, kämpfen seit 1949 für die Unabhängigkeit, somit handelt es sich dabei um den längsten Guerilla-Konflikt der Welt. Sie sind eine der drei Milizen von Aufständischen, die das Waffenstillstandsabkommen mit der Junta nicht unterzeichnet haben.

Seit einem Jahr besteht zwischen der Führung der KNU an der thailändischen Grenze und den Generälen Myanmars keine Verbindung mehr, sagte Mahn Sha und fügte hinzu, dass zur Zeit wenig Aussicht auf Frieden bestünde. Sein Tod lässt dies noch entfernter als je erscheinen.

"Wenn das Regime einen landesweiten Waffenstillstand erklären würde, bestünde kein Grund zum kämpfen," sagte er. "Aber so müssen wir unser Volk und uns schützen."

Nach Beendigung seines Studiums der Geschichte in 1966 an der Universität von Rangoon, stürzte Mahn Sha sich in die Befreiungsbewegung der Karen, wo er 2000 zum Generalsekretär ernannt wurde.

... ↗

... ↗

"Seine Entschlossenheit, sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen, lebt mit uns und dem Volk der Karen fort, sagten seine vier Kinder in einer Erklärung, die vom Burma Campaign UK, einer Aktivistenbewegung, herausgegeben wurde.

"Er erlebte nicht mehr die Freiheit unseres Volkes, aber er träumte von deren Erfüllung. Die Karen und alle anderen Völker Burmas werden frei sein."

Myanmar befindet sich seit 1962 in der einen oder anderen Form unter Militärregierung. Seit dieser Zeit haben ein Dutzend Guerillakriege mit den ethnischen Minderheitsgruppen stattgefunden, die zum grössten Teil aus den Einkünften des Drogenhandels des berüchtigten "Goldenen Dreiecks" finanziert wurden.

The Christian Science Monitor – 21.02.2008 - <http://www.csmonitor.com/2008/0221/p01s04-woap.html>

Die Junta in Burma verspricht Demokratie, aber die meisten sind misstrauisch - Danna Harma

- anil verma <anilverma7@yahoo.com> - nld group member
<nldmemberssupportersofcrppnldndassk@yahoo.com>

Die überraschende Ankündigung der Regierung, ein Referendum zur Verfassung abzuhalten, wird mit grosser Skepsis aufgenommen.

Pakokku, Burma: Der ältere Mönch ist nervös. Er geht im Zimmer auf und ab, lehnt sich über einen alten Fernseher und legt eine DVD mit "Tom und Jerry" ein, indem er die Lautstärke zu einer unangenehmen Höhe aufdreht. Er sieht zum Fenster hinaus und wird wieder unruhig. Er setzt sich, steht wieder auf. Endlich redet er. Aber nach all dem ist nicht viel zu sagen.

Die überraschende Ankündigung der Militärjunta in der vergangenen Woche, dass sie im Mai ein Referendum zur noch geheimgehaltenen Verfassung abhalten wird, um so die Bühne für Wahlen in 2010 freizumachen, wird begrüsst - mit Argwohn - in einem Land, das seit langem an gebrochene Versprechen und trickreiche Manöver gewöhnt ist.

Viele geben an, weder Hoffnung auf einen regierungsgeführten Übergang zur Demokratie zu haben, noch glauben sie, dass sich erneut ein Strom durch die Strassen ergiessen wird. "Wandel", meint der ältere Mönch, der

aus Sicherheitsgründen anonym bleiben möchte, "wird lange auf sich warten lassen."

Dutzende von Interviews mit Mönchen und Oppositionellen innerhalb und ausserhalb Burmas (Myanmar) malen das Bild einer Nation, die sich wirtschaftlich in einer aussichtslosen Situation befindet und zeigen das Ende der typischen Geduld mit der Militärregierung. Es ist eine Nation, der sowohl die Mittel für einen Aufstand fehlen wie auch ein Führer, der sie in die Revolution leitet.

Die Ankündigung zeigt, dass die Regierung zum ersten Mal Termine für die Durchführung von Schritten ihrer sogenannten Roadmap zur Demokratie festgelegt hat. Und die Wahlen, sollten sie denn stattfinden, wären die ersten seit 1990, als die Oppositionspartei der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die National League for Democracy (NLD), einen erdrutschartigen Sieg davontrug. Aber die Junta ignorierte dieses Ergebnis und ergriff die Gelegenheit, die alte Verfassung ausser Kraft zu setzen und Mrs. Suu Kyi unter Hausarrest zu stellen, wo sie sich heute noch befindet - keine vertrauensfördernde Massnahme.

Währenddessen wurden die friedlichen Märsche gegen die Regierung, die hier in Pakokku, einer staubigen Stadt am Ufer des Irrawaddy, begannen und sich dann über das ganze Land fortsetzten, wirksam und brutal von der Militärregierung niedergeschlagen. Dabei wurden lt. den Vereinten Nationen mindestens 30 Menschen getötet und tausende festgenommen, unter ihnen auch Mönche. Andere Mönche entkleidete man ihrer Kutten oder trieb sie aus den Klöstern zurück in ihre Dörfer. In Pakokku fehlt bisher ein Viertel der Mönche.

Lt. Amnesty International wurden die Festnahmen seit September fortgesetzt, und die fast 2000 politischen Häftlinge sind unerreichbar - selbst für das Internationale Rote Kreuz (ICRC). Dessen Aktivitäten wurden in Burma beschnitten, nachdem sich die Organisation im vergangenen darüber beschwert hatte, dass die Gefangenen zur Zwangsarbeit für das Militär herangezogen werden.

Eine List der Regierung?

"Wir waren im September so aufgeregt. Wir glaubten, wir würden gewinnen. Menschen klatschten am Strassenrand in die Hände und gaben uns Wasser. Wir fühlten, dass wir frei sein werden," sagt Zaw Maung Oo, ein jun-

ger Aktivist, der in Rangoon mitmarschierte. "Aber wir sind gescheitert."

"Die kürzliche Ankündigung der Regierung ist eine List", sagt er. Wir alle glauben, dass sie einzig dem Zweck dienen soll, den internationalen Druck zu verringern und unseren Zorn," sagte er. Er sorgt sich darum, dass das Militär die Zeit dazu nutzen wird, herauszufinden, wer die neue Konstitution kritisiert - um sie dann niederzumachen. Die Wahlen werden entweder nie stattfinden oder eine Täuschung sein. Die Richtlinien des Verfassungsentwurfes, die im vergangenen Jahr herausgegeben wurden, zeigen, dass sie die Rolle des Militärs als oberste Macht des Landes kodifizieren wird.

Mr. Maung Oo steht mit seiner Kritik nicht allein da. Während Singapur, das zur Zeit den Vorsitz in der Association of South-East Asian Nations (ASEAN) inne hat, die Ankündigung der Junta begrüsst, indem es sagte, man hoffe, "dass dies zu einer "friedlichen nationalen Aussöhnung führen wird," andere sind weniger euphorisch.

Die Gruppe der Studenten der 88er Generation, eine Koalition führender Demokratieaktivisten in Burma, brandmarkte das Referendum als "Kriegserklärung" gegen das Volk und warnte die Junta, dass sie eine neue Welle der Gewalt lostrete, um sich den Sieg im Verfassungsreferendum zu sichern. Während die National Coalition Government of the Union of Burma, eine Gruppe im Exil, das Regime mit einem "Verrückten verglich, "der vom Feuer umzingelt ist", und das von "wirtschaftlichen Schwierigkeiten geplagt ist, unter zunehmendem internationalen Druck und unter sich ausbreitender Unzufriedenheit zu Hause leidet," und jetzt sich einfach zum nationalen Referendum entschlossen hat, um die Aufmerksamkeit abzulenken.

Suu Kyi, die in ihrem Haus in Rangoon praktisch ohne Verbindung zur Aussenwelt eingeschlossen lebt, konnte selbst keinen Kommentar abgeben. Aber ihre Partei, die NLD, war nicht sehr erfreut und bezeichnete die Ankündigung als "vage, unvollständig und befremdend."

Die Differenzen vom September

Während keiner der Befragten glaubt, dass das Militär sich freiwillig ändern wird, besteht auch wenig Glaube an die Wiederholung der Ereignisse vom September in nächster Zeit. "Gerade heraus gesprochen, ereignete sich der Aufstand vom September

... ohne wirklichen Plan dank einem schwerwiegenden Fehler der Junta," meint U Han Than, Sprecher der NLD, indem er sich auf die enorme Preiserhöhung für Benzin bezog, die den Strassenprotesten vorangegangen war.

"Aber die Generäle bewiesen wieder einmal mehr, dass sie brutal und unterdrückerisch sind und dass wir nicht stark genug sind, um gegen sie anzukommen. Die Menschen wissen jetzt umso mehr, wie entschlossen die Generäle sind, jegliches Zeichen von Widerstand auszulöschen," sagte er. "Deshalb werden sie nicht ohne wirkliches Aufbegehren explodieren."

"Wir sind zum Kompromiss bereit," beteuert Mr. Han Than. "Wir befinden uns mit der Regierung nicht im Kriegszustand - wir möchten einzig und allein unsere Meinung äussern können - aber selbst dass ist uns nicht gestattet." Unter internationalem Druck hat sich die Junta vor kurzem bereit erklärt, jemanden zu beauftragen, Gespräche mit Suu Kyi zu führen. Dies haben jedoch zu nichts geführt. Vergangenen Monat liess sie ihre Partei wissen, dass es zu keinem Fortschritt gekommen sei.

Und so sehen sich die meisten Burmesen widerstrebend mit dem Glauben allein gelassen, dass sich nur auf lange Zeit etwas ändert. "Wir haben zu diesen vorübergehendem Ankündigungen kein Vertrauen," sagte der Abt eines Klosters in der alten Stadt Sagain, der aus Sicherheitsgründen anonym sprach. "Auf jeden Fall, würden wir heute Demokratie bekommen, würden wir sie am nächsten Tag wieder verlieren, weil wir nichts damit anzufangen wissen. Wir wurden 'un-erzogen'."

Obgleich Burma für seinen Ernährungsstandard in Südostasien bekannt war, ist die heutige Situation abgrundschlecht, da die Hälfte des Budgets an die 400.000 Mann starke Armee geht und weniger als 1% in die Bildung. Lt. UN haben 50% der Kinder hier keinen Oberschulabschluss.

"Wir müssen unsere nächste Führungsgeneration ausbilden und wir müssen das Volk zum kritischen Denken erziehen, damit wir definieren können, was wir wollen," sagte der Mönch aus Sagaing. "Unsere Stärke wird aus dem Vertrauen in Ausbildung kommen. Dann werden wir zu einer Demokratie werden können. Und dazu benötigen wir Jahre, möglicherweise 10 bis 20."

am Ufer des Flusses nahe den Strassenverkäufern, die Samen der Wassermelonen verkaufen, neben einem Käfig mit Spatzen. Man kann für 400 Kyats (ca. 30 cents) einen Spatzen freilassen, was nach buddhistischem Glauben den Erwerb von Verdiensten bedeuten. Sie hat auch eine Eule in ihrem Käfig - sie freizulassen ist eine Ehre, die 1.000 Kyats kostet. Aber sie hat in der letzten Zeit keine Kunden gehabt. "Keine Freiheit heute," sagt sie, aber sie lächelt, wie es in Burma der Brauch ist.

REAL POLITICAL DILEMMAS -
"BURMA DIGEST" <tayzathuria@gmail.com>
Sa. (23.02.2008)

Burmesische Pro-Demokratie-Aktivistinnen befinden sich jetzt in einem wirklichen Dilemma

Sollten Prodemokratie-Aktivistinnen die Menschen bitten, mit einer Nein-Stimme am Referendum des pro-militärischen Regimes teilzunehmen, gäbe es zwei Ergebnismöglichkeiten:

- Das "Nein" könnte gewinnen und die promilitärische Verfassung verlieren.

- Das Regime könnte Tricks anwenden, Stimmen verfälschen und unabhängig vom wirklichen

Ergebnis behaupten, dass es gewonnen hat. In dem Falle würde die Teilnahme der

prodemokratischen Aktivistinnen und des Volkes am Referendum der trügerischen Roadmap des

Regimes einige Glaubwürdigkeit verleihen.

- Sollten die prodemokratischen Aktivistinnen die Menschen dazu auffordern, NICHT am Referendum

teilzunehmen, gäbe es ebenfalls zwei Möglichkeiten:

- Der Boykott der prodemokratischen Aktivistinnen und des Volkes würde die Glaubwürdigkeit des

Referendums beschädigen.

- Oder aber der Boykott würde dem Regime die Möglichkeit einräumen zu sagen: "Wir haben

Euch eine ehrliche Chance gegeben, um Eurer Meinung zum Referendum Ausdruck zu verleihen,

aber Ihr habt die Gelegenheit nicht genutzt und müsst Euch deshalb jetzt selbst die Schuld

zuschreiben."

dass sobald die neue Verfassung in Kraft tritt, mit allem, was vor dem Inkrafttreten hätte gültig gewesen sein können, vom Tisch gewischt wäre. Das bedeutet, dass alle vorhergehenden Wahlergebnisse automatisch beendet wären, sobald die Bestätigung der neuen Verfassung durch das Referendum vorläge.

- Und sollten die prodemokratischen Parteien sich an den Wahlen von 2010 beteiligen, gäbe es

wiederum zwei Möglichkeiten:

- Die prodemokratischen Parteien gewinnen die Wahlen; dies könnte jedoch ein fruchtloser oder

vergeblicher Sieg sein, da die Verfassung von 2008 die prodemokratische Führerin, Daw Aung

San Suu Kyi, von den Wahlen ausschliesst. Ausserdem vergibt sie 25% der Parlamentssitze an

Offiziere des Militärs und fordert weiterhin, dass der Präsident einen militärischen Hintergrund

aufweisen muss. Zudem gesteht es dem Militär ein Veto bei allen Parlamentsbeschlüssen zu und

erlaubt dem Militär, jederzeit Gewalt zu annektieren.

- Das Regime könnte militante Lakeienorganisationen wie die Kyant-phut oder Swan-arr-shin dazu

benützen, Menschen einzuschüchtern und sie davon abhalten, für prodemokratische Parteien zu

stimmen, und somit eine Niederlage der prodemokratischen Parteien herbeiführen.

- Sollten die prodemokratischen Parteien die Wahlen von 2010 boykottieren, bestünden ebenfalls

zwei Möglichkeiten:

- Der Boykott der pro-demokratischen Aktivistinnen würde die Glaubwürdigkeit der Wahlen von 2010

beschädigen.

- Dies würde jedoch bewirken, dass der Weg für die Lakaien des Regimes und Offiziere des

Militärs frei würde und ihnen 100% der Parlamentssitze einräumt.

Deshalb teilen Sie bitte Ihre Meinung mit, wie die pro-demokratischen Parteien auf das Referendum des Regimes und die Herausforderung der Wahlen antworten sollten oder könnten.

<http://burmadigest.info/2008/02/23/real-political-dilemma/>

Zurück in Pakokku sitzt eine alte Frau

Und hierbei müssen wir bedenken,

AFP - 28 February 2008 - Euro-Burma Office
 "EBO" <burma@euro-burma.be> -
 28.02.2008 19:38

Myanmars Wähler "können die Charta der Junta nicht akzeptieren": Suu Kyi's Partei

Rangoon: Die Partei der inhaftierten pro-demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi gab am Donnerstag bekannt, dass die von der Junta vorgeschlagene Verfassung "vom Volk nicht angenommen werden kann", wenn es im Mai zum Referendum kommt.

Der bisher stärkste Einwand von seiten der National League of Democracy (NLD) gegen das Referendum ist, dass das Regime die Verfassung ohne die Beteiligung der wichtigsten Vertreter des Volkes entworfen hat.

"Der einseitige Text der Amtsgewalt verhindert nicht nur den Prozess der Aussöhnung, er kann auch vom Volk nicht angenommen werden," teilte die Partei in einer schriftlichen Erklärung mit.

Die NLD macht darauf aufmerksam, dass die meisten Gewinner der Wahlen von 1990 nicht an der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes beteiligt waren.

Die Partei machte weiterhin auf einen Interessenkonflikt des Regimes aufmerksam, da viele der am Entwurf Beteiligten sich auch in dem neuen Ausschuss befänden, der diese Woche zur Überwachung des Referendums eingesetzt wurde.

Der Chef des obersten Gerichtshofes, Aung Toe, war gleichzeitig Vorsitzender der Gruppe, die die Charta ausgearbeitet hat und steht nun auch der Kommission vor, die damit beauftragt ist, die Wahl zu organisieren, mit der sie angenommen werden soll, sagte die Partei.

"Dies ist entgegen dem Rat und der Aufforderung der internationalen Organisationen einschliesslich der UN. Alle verantwortlichen Personen sollten am Prozess des Verfassungsentwurfes

und an der Umwandlung der Nation beteiligt sein," sagte die NLD.

Bisher hat die Junta weder einen festen Termin für das Referendum mitgeteilt noch den endgültigen Text des Dokumentes bekannt gegeben.

Die Vereinigten Staaten haben die vorgeschlagene Charta verworfen und das Regime aufgefordert, mit einer neuen wieder ganz von vorn zu beginnen. Sie haben auch die Sanktionen gegen die Führung und wichtige Geschäftsführer verschärft.

AP, 25.02.2008 - US treasury
 Penalizes Junta Supporter -
ThaungN@aol.com - Montag 25.02.2008 -

Finanzministerium bestraft Anhänger Myanmars

Jeannine Aversa

Washington (AP): Die Bush-Administration geht scharf gegen angebliche Finanzoperationen vor, die für die Militärregierung in Myanmar getätigt werden, wie auch gegen Firmen, von denen angenommen wird, dass sie das Regime unterstützen.

Das Vorgehen des Finanzministeriums bezieht sich auf Stephen Law und seinen Vater, Lo Hsing Han, die das Ministerium als "zwei Schlüsselfiguren in Finanzoperationen" für die repressive Junta in Myanmar - auch als Burma bekannt - nennt. Der Befehl erstreckt sich auf einige Firmen, an denen die beiden beteiligt sind, ebenso wie auch auf Laws Ehefrau, Cecilia Ng.

Der Befehl erstreckt sich auch auf einige Geschäfte, die mit Tay Za in Zusammenhang stehen. Er wird von den US als ein Geschäftstycoon Myanmars bezeichnet und ist Waffenhändler mit engen Beziehungen zur Militärjunta Myanmars.

Alle Bankkonten oder Vermögenswerte in den US von Personen, die am Montag genannt wurden, müssen eingefroren werden. Es ist Amerikanern verboten, Geschäfte mit ihnen zu tätigen.

"Solange die regierende Junta in Burma nicht die gewaltsame Unter-

drückung des Volkes aufgibt, werden wir Personen wie Steven Law, die das Regime unterstützen und auf korrupte Weise davon profitieren, im Visier behalten" sagte Stuart Levey, Untersekretär für Terrorismus und beim Finanzgeheimdienst des Ministeriums.


Dies ist der jüngste Schritt der Finanzadministration, um Myanmars Militärregierung und dessen Anhänger für die Niederschlagung der prodemokratischen Demonstrationen zu bestrafen.

Asia World Co. Ltd., ein wichtiges Konglomerat in Myanmar und dessen Tochtergesellschaften wie die Asia World Port Management, Asia World Industries Ltd. und Asia World Light Ltd., fallen ebenfalls unter den Sperrbefehl. Lo Hsing Han gründete Asia World Co. Ltd. in 1992, teilte das Ministerium mit. Sein Sohn Law ist zur Zeit dort Hauptgeschäftsführer.

"Asia World hat vom burmesischen Regime kritische Unterstützung erhalten sowie zahlreiche lukrative Regierungskonzessionen wie für den Ausbau von Häfen, Autobahnen und Regierungsanlagen," behauptet das Ministerium.

Lo Hsing Han und sein Sohn haben eine lange Geschichte in der Verwicklung mit illegalen Aktivitäten, gibt das Ministerium an. Lo Hsing Han ist als der "Pate des Heroin" bekannt, berichtet das Ministerium. Law trat dem Drogenimperium seines Vater in 1990 bei und gehört seitdem zu den reichsten Individuen Burmas," sagt das Ministerium.

Zwei Hotelketten - Aureum Palace Hotels & Resorts sowie Myanmar Treasure Resorts, die Tay Za gehören, werden ebenfalls vom Ministerium anvisiert.

Das Ministerium nannte auch Firmen in Singapur, die Ng gehören, unter ihnen Golden Aaron Pte. Ltd." deren Vermögenszinsen ebenfalls gesperrt wurden," teilte das Ministerium mit. 

Zehn Jahre weiter

*Leben und Ansichten eines burmesischen
 Studentenvähren seiner politischen Gefangenschaft.*

von Moe Aye

(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto
 Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln
 Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470
 e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de